

P/XX/108

Bonn, den 9. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland  Interview mit Jens Otto Krag, Ministerpräsident von Dänemark	110
3	Wenn de Gaulle kommt...  Gemeinsame Ostpolitik ?	23
3	Gespensstisch  Tito und Ulbricht	25
4	Mit Blickpunkt auf das Jahr 2000  Kopenhagens größtes Wohnbauprojekt Von unserem Korrespondenten in Skandinavien	49
5	Verstrickt in Finanznot  Schleswig-Holstein braucht 2,5 Milliarden DM	35

Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland

Interview mit Jens Otto Krag,  
Ministerpräsident von Dänemark

Frage: Welche Bedeutung messen Sie Ihrem Besuch in Deutschland bei?

Antwort: Vom dänischen Gesichtspunkt aus gehört es zu den positivsten Zügen im politischen Bild der Nachkriegszeit, daß sich das Verhältnis zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland sicher und harmonisch entwickelt hat. Wir haben heute mit der Bundesrepublik eine gute Zusammenarbeit. Dies gilt sowohl den gegenseitigen Beziehungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art als auch der Zusammenarbeit auf dem Verteidigungsgebiet im Rahmen der NATO. Ich halte es für ein besonders nützliches Glied der bestehenden Zusammenarbeit, daß der Bundeskanzler und ich jetzt Gelegenheit haben, alle Fragen von gemeinsamem Interesse erneut zu erörtern.

Frage: Ihre Regierung unterstützt die Bundesregierung in ihrer Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Welche Schritte halten Sie für möglich, um dieses Ziel zu erreichen?

Antwort: Ich bin davon überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem das deutsche Volk wieder instande sein wird, im Frieden sein nationales Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Wann dies geschehen wird, ist von einer großpolitischen Entwicklung abhängig, deren Umriss sich noch nicht genügend deutlich abzeichnen. Ich möchte hinzufügen, daß in Dänemark ein lebhaftes Verständnis der Probleme herrscht, die dem deutschen Volk durch die unglückliche Teilung Deutschlands erwachsen. Wir sind der Auffassung, daß dem ganzen deutschen Volk Gelegenheit gegeben werden muß, durch freie und demokratische Wahlen zu der Frage der Wiedervereinigung Stellung zu nehmen.

Frage: Dänemark mißt ebenso wie die übrigen skandinavischen Länder den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle in der Weltpolitik bei. Was ist nach Ihrer Auffassung zu tun, um die Stellung der Vereinten Nationen zu stärken.

Antwort: Daß wir den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle in der Weltpolitik beimessen, ist darauf zurückzuführen, daß wir meinen - wie auch die meisten kleinen und halbgroßen Länder, die heute die überwiegende Mehrheit des Mitgliedkreises ausmachen - daß eine Kräftigung der Position der Vereinten Nationen als Garant für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist. Es ist jedoch klar, daß man in den Bestrebungen, die Vereinten Nationen zu kräftigen, realistisch zu Werke gehen muß. Man muß zwischen den langfristigen und den kurzfristigen Zielen unterscheiden, um dadurch zu vermeiden, der Weltorganisation Lasten aufzuerlegen, die sie noch nicht zu tragen imstande ist.

Dies gilt besonders in der jetzigen Krise der Vereinten Nationen. Wir sind stark daran interessiert, daß die Vereinten Nationen sich zu einem wesentlichen, der Erhaltung des Friedens dienenden Faktor entwickeln, und wir haben deshalb gemeinsam mit den anderen nordischen Ländern Truppen aufgestellt, die den Vereinten Nationen zur Durchführung von Operationen, die der Erhaltung des Friedens dienen sollen, zur Verfügung gestellt werden können. Alle Bestrebungen müssen sich übrigens zur Zeit darauf konzentrieren, daß verhindert wird, daß der Streit zwischen den Großmächten über die Finanzierung der Operationen, die der Erhaltung des Friedens dienen, und über die Zuständigkeit, sie durchzuführen, zu einer Lahmlegung der Arbeit der Vereinten Nationen oder sogar zum Zusammenbruch der Organisation führt.

**Frage:** Wie stellt sich Dänemark zu dem polnischen UNO-Vorschlag, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen, an der die Sowjetunion und die USA teilnehmen?

**Antwort:** Ich freue mich darüber, daß die letzten Jahre einen vermehrten Kontakt zwischen den interessierten Parteien und eine größere Aufrichtigkeit im Meinungsaustausch zwischen Ost und West gebracht haben. Durch den Ausbau und die Konsolidierung dieser Beziehungen können ohne Zweifel nicht unwesentliche Resultate auf dem Weg zu einer europäischen Regelung erreicht werden. Ob es in der augenblicklichen Situation zweckmäßig sein würde, eine Konferenz über die europäischen Sicherheitsprobleme zwischen den an diesen Fragen interessierten Parteien einzuberufen, muß meiner Auffassung nach davon abhängig sein, ob im voraus ein gewisses Maß an Einigkeit darüber besteht, wie diese Fragen gelöst werden sollen.

**Frage:** Hat der dänische Warenaustausch mit Deutschland darunter gelitten, daß die beiden Länder verschiedenen wirtschaftlichen Blöcken angeschlossen sind?

**Antwort:** Ja, es ist nicht möglich gewesen, in dänisch-deutschen Handelsverkehr die Fortschrittlinie früherer Zeiten fortzusetzen. Die deutschen Abschöpfungen auf dänische Agrarwaren sind es, die unserem traditionellen Export nach Deutschland besondere Hindernisse in den Weg legen. Als Beispiel möchte ich erwähnen, daß die Abschöpfungen für Eier aus Dänemark heute etwa 40 Prozent betragen, gegen 5 - 15 Prozent vor dem Inkrafttreten der Eierordnung des Gemeinsamen Marktes. Entsprechend ist der Importschutz für Geflügel von 15 Prozent auf etwa 55 Prozent gestiegen, und unser traditioneller Export von lebenden Schweinen stößt jetzt auf einen Schutz von derselben Höhe, während der Zoll früher 8 Prozent betrug.

Im Jahre 1964 fiel unser Agrarexport somit um 32 Millionen DM. Dieser Rückgang hat dazu beigetragen, daß der dänische Importüberschuß gegenüber der Bundesrepublik stets gewachsen ist. Allein im Jahre 1964 stieg der Überschuß um 500 Millionen Kronen und macht jetzt 1.500 bis 1.400 Millionen Kronen jährlich aus. Es ist klar, daß diese Entwicklung in Dänemark zu ernster Besorgnis Anlaß geben muß.

**Frage:** Dänemark ist eines der EFTA-Länder, für das es von größter Bedeutung ist, seinen Export an die EWG aufrecht erhalten zu können. Beabsichtigt Dänemark, in absehbarer Zeit eine Mitgliedschaft in der EWG oder eine Assoziation zu beantragen?

**Antwort:** Ich habe schon die Schwierigkeiten erwähnt, die für unseren Agrarexport an die EWG bestehen. Es besteht kaum Zweifel daran, daß auch der Industrieexport die Wirkungen des gemeinsamen Zolltarifs der EWG zu spüren bekommen wird, obwohl wir natürlich hoffen, daß die Kennedy-Runde dazu beitragen wird, die Zolldiskrimination gegenüber Nicht-EWG-Ländern zu vermindern. Die dänische Regierung ist jedoch der Auffassung, daß die einzige befriedigende Lösung der Probleme, die Dänemark durch die europäische Marktteilung erwachsen, die Schaffung einer breiten europäischen Zusammenarbeit wäre, die sämtliche unserer Handelspartner sowohl in der EWG als in der EFTA umfaßt. Die Mitgliedschaft der EFTA zugunsten einer Mitgliedschaft der EWG aufzugeben, ohne daß ein solcher Schritt gleichzeitig von den übrigen EFTA-Ländern unternommen wird, würde Dänemarks Probleme nicht lösen, sondern nur ein Problem durch ein anderes ablösen. Es ist deshalb weiterhin die Politik der dänischen Regierung, daß eine dänische Mitgliedschaft der EWG voraussetzt, daß auch Großbritannien und Norwegen Mitglieder werden, sowie daß die übrigen EFTA-Länder mit der EWG verknüpft werden. Bekanntlich besteht zur Zeit keine Grundlage zu der Annahme, daß eine solche Lösung in unmittelbarer Zukunft möglich sein wird. Ich hoffe indessen, daß in absehbarer Zeit auf Basis der Erörterungen auf der Wiener Konferenz von der EFTA eine Initiative ergriffen werden wird, die dazu beitragen soll, die Wirkungen der europäischen Spaltung abzuschwächen und die gleichzeitig die Grundlage für eine europäische Lösung bilden kann.

Wenn de Gaulle kommt ...Gemeinsame Ostpolitik ?

sp - Wenn Staatspräsident de Gaulle an diesem Wochenende nach Bonn kommt, wird er voraussichtlich nur freundlich lächelnde Gastgeber sehen. Das offizielle Bonn ist entschlossen, dem französischen Staatspräsidenten keinen Anlaß zu Unmut und Verärgerung zu geben. Der Themenkreis der Gespräche soll offen gehalten werden, wie gleichermaßen in Bonn und Paris versichert wird. Trotzdem scheint man sich in beiden Hauptstädten darauf vorbereitet zu haben, über ein Problem zu sprechen, von dem man hofft, daß es bald und in beiderseitigem Interesse gelöst werden kann: Gemeinsame Ostpolitik. Was man sich darunter vorstellt, ist schwer zu sagen. In Bonn glaubt man, de Gaulle werde seinen deutschen Gesprächspartnern einige Vorschläge unterbreiten, deren Hauptinhalt die gemeinsame Finanzierung von langfristigen Wirtschaftsvorhaben in einigen Ostblockländern sein dürfte. Dabei geht es um die Kreditierung von Industrieinvestitionen für die Dauer von zehn bis fünfzehn Jahren. Frankreich und die Bundesrepublik haben bereits in aller Stille die vage Fünfjahres-Grenze für die Kredite an Ostblockländer gesprengt. - Natürlich wird man auch über "Europa" reden. Aber zweifellos stellt man sich hierbei in Paris etwas anderes vor als in Bonn. De Gaulle möchte den Europa-Begriff auf seine Ostpolitik angewandt wissen, während Bonn daran interessiert ist, zunächst die französische Zustimmung zur weiteren Integration im EWG-Raum zu erhalten. Man wird bald wissen, ob Frankreichs Staatspräsident bereit ist, einem Kompromiß zwischen diesen beiden Vorstellungen zuzustimmen.

+ + +

GespensstischTito und Ulbricht

sp - Wenn der jugoslawische Staatspräsident, Marschall Tito, dem Zonennachthaber Walter Ulbricht in Ostberlin die Hand drückt, kann man sich ungefähr vorstellen, welche Gedanken sich hinter der imposanten Stirn des früheren "Verräters an der sozialistischen Idee" verbergen mögen. In den Jahren 1947 bis 1949 - und auch noch später - hat niemand den jugoslawischen Staatschef wilder beschimpft als Walter Ulbricht. In den damaligen Zonenzeitungen, die durchzublättern heute ein makabres Vergnügen ist, finden sich für den jetzt in Ostberlin gefeierten Tito folgende Bezeichnungen: "Kreatur des Weltkapitalismus", "Verräter am Sozialismus", "Agent der USA", "Agent des englischen Geheimdienstes", "von Wallstreet bezahltes Subjekt". Selbstverständlich fehlt auch nicht die Bezeichnung "Trotzkist", ein Wort, das die schlimmsten Anschuldigungen beinhaltet, die ein damals linientreuer Kommunist und Stalinist seinem Widersacher entgegenschleudern konnte. - Andererseits war man seinerzeit in Belgrad auch nicht zimperlich. Man nannte Walter Ulbricht und seine Spießgesellen "Handlanger Stalins", "Kleine Geister", "Stic-fellecker des Moskauer Diktators" und anderes mehr. Die Reihe der Schimpfwörter, mit denen man sich bedachte, könnte beliebig fortgesetzt werden. Heute bietet Walter Ulbricht dem "Feind der Arbeiterklasse", Tito, die Wange zum Bruderkuß. Und Tito läßt lächelnd eine Ehrenkompanie der sowjetischen Volkarmee im Stechschritt unter den Klängen preußischer Märsche an sich vorbeimarschieren. - Das sind gewiß gespenstisch anmutende Erinnerungen. Sie ändern aber nichts daran, daß heute wieder einmal zwischen Belgrad und Pankow Versöhnung gefeiert wird. Wie oft das noch geschieht, weiß niemand.

+ + +

- 4 -

Mit Blickpunkt auf das Jahr 2000

Kopenhagens größtes Wohnbauprojekt

Die Stadt Kopenhagen hat jetzt Einzelheiten über einen Architekten-Wettbewerb veröffentlicht, bei dem es darum ging, einen neuen Stadtteil für etwa 150 000 Einwohner nahe des Stadtzentrums auf einem Gelände zu errichten, das eingedämmt worden ist. Die Perspektive dieses Wettbewerbs war es, später eine weitere Nachbarstadt für 200 000 Einwohner zu bauen.

Es handelt sich hier um den größten Wohnungsbau- und Stadtplanungswettbewerb seit Kriegsende in ganz Skandinavien. 78 Architekten und Städtebauer aus ganz Nordeuropa haben sich beteiligt. Die Ergebnisse weisen weit in die Zukunft. Zum ersten Mal ist sehr konkret durchgeplant worden, wie im Jahre 2000 das Zentrum einer modernen Großstadt aussehen könnte. Die sozialdemokratisch regierte Stadt Kopenhagen will nun auch alles daran setzen, die besten Planungsgedanken zu realisieren. Schon in der nahen Zukunft soll mit dem Bau begonnen werden.

Zwei Grundgedanken tauchen in den Arbeiten der Fachleute immer wieder auf. Aus dem Stadtzentrum von morgen ist das Automobil nicht mehr zu verbannen. Es muß unter den Wohnsiedlungen in einer besonderen Ebene seinen Platz in Abstellplätzen und herumgeführten Straßen finden. Die Wohnungen selbst sind als industriell vorgefertigte "Zimmereinheiten" in Beton-Skelette derart zu hängen, daß sie meist zweistöckig den Charakter eines Eigenheimes besitzen und jede eine große Wohn- und Parkterrasse haben.

Dabei wird es ganz selbstverständlich zwischen diesen Baukörpern die großen Grünanlagen mit den Kinderspielplätzen geben. Man denkt an das Drei-Etagen-System. Unter der Erde die Automobile, auf der Erde das grüne Erholungszentrum und im ersten Stock die Zugangswege zu den Eigenheimen.

Auf der einen Seite haben die Blocks zurückgesetzte Stufen. In jeder Etage der aufeinandergetürmten, oft zweistöckigen Wohnungseinheiten befinden sich nach oben offen die Wohn- und Gartenterrassen. Sie sind gegen die Nachbarwohnungen abgeschirmt. Die Form der Balkons sind den Höfen in Atriumhäusern ähnlich. Die andere Seite der Blocks ragen von Etage zu Etage sozusagen als Ruhefront ein wenig über die nächste hinaus. Auf dieser mehr schattigen Hausseite befinden sich die Schlaf- und Arbeitsräume.

Die Gestaltung der Baukörper selbst ist zum ersten Mal wohl in der ganzen Welt so weitgehend durchdacht worden. Der hohe Wohnkomfort Skandinaviens spiegelt sich hier wider. Man kann sicher sein, daß gerade die dänische Regierung einen enormen Teil der Staatsgelder in diese Projekte fließen lassen wird.

Die dänische Regierung hat schon vor einiger Zeit in großen Fabriken nach industrieller Fließband-Methode den modernsten Elementbau probeweise durchziehen lassen, den es bislang in der Welt gibt. Hier werden ganze Zimmer tapeziert, installiert und mit Heizkörpern versehen, hergestellt. Die kompletten Badezimmer und Küchen besitzen Waschmaschinen, Kühlschränke und Heißwasseranlagen. Diese "Zimmerlemente" bilden nunmehr die Wohnungseinheiten, die man in große, etwa zehnstöckige Häuser, die aus Beton-Skelettrahmen bestehen, einfügen wird.

Am nächsten kommt dieser Charakterisierung das Projekt des Architekten Knud Eyvind Rasmussen, der es mit dem amerikanischen Kollegen Sth.N. Seablom entwarf.

Verstrickt in Finanznot

Schleswig-Holstein braucht 2,5 Milliarden DM

kl - Der neugewählte SPD-Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, der Landtagsabgeordnete Joachim Steffen und die ebenfalls neugewählten gleichberechtigten Stellvertreter Gerhard Strack (MdL) und der Finanzexperte der Landtagsfraktion Kurt Schulz (MdL) haben sich in diesen Tagen den Journalisten in Kiel vorgestellt. Dabei kam die enorme Finanzmisere zur Sprache, in die das Koalitionskabinett aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (CDU) Schleswig-Holstein inzwischen geführt hat. Jene Forderungen, die schon bisher von Walter Dann und dem sozialdemokratischen Oppositionsführer im Landtag, Wilhelm Käber, zur Abwendung der Finanznot erhoben worden sind, hat nunmehr Steffen mit seinen beiden Stellvertretern verstärkt aufgegriffen. Es geht im Kern darum, daß Schleswig-Holstein in den nächsten fünf Jahren etwa 2,5 Milliarden benötigt, um Investitionen in seine Infrastruktur zu stecken, die das Land überhaupt erst im Reigen der Bundesländer gleichwertig und lebensfähig machen würde. Es kommt nun darauf an, das EWG-Anpassungsprogramm, welches das Kabinett Dr. Lemke unter dem Druck der Sozialdemokraten vorgelegt hat, auch zu finanzieren. Man wird den Bund und die wohlhabenden Länder nicht davon auslassen können, eine notleidende Region an bundesdurchschnittliche Verhältnisse heranzuführen. Zu allererst wird der Bund für den Kapitaldienst aufkommen müssen. Steffen und Strack hielten der Regierung Dr. Lemke vor, nicht schon vor vielen Jahren eine Solidarität mit Hamburg und den finanzschwachen Ländern herbeigeführt zu haben, um Schleswig-Holstein und die anderen abseitigen Regionen durch Infrastrukturmaßnahmen zu fördern.

Die Zahlen, die hierfür vorliegen, sind eindeutig. Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein liegt um 35 Prozent und das Sozialprodukt um 16 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Landesbahn- und Girozentrale hat in ihrem neuesten Geschäftsbericht erklärt, das Brutto-Inlandsprodukt nahm in Schleswig-Holstein im Jahre 1964 nur um 7,2 Prozent zu. Demgegenüber betrug die Wachstumsrate im Bundesgebiet 9,6 Prozent. Das heißt nun nichts anderes, als daß sich die Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein ständig weiter verschlechtern. Der Wunsch des Kabinetts Lemke, über eine Änderung des Finanzausgleichs 1965 rund 100 Millionen DM mehr zu bekommen, ist zu begrüßen. Der Betrag wird aber höchstens ausreichen, um die steigenden Ausgaben für die Verwaltung zu decken.